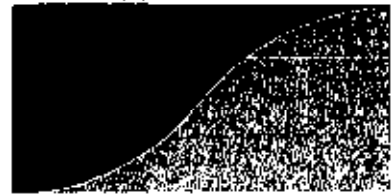


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heusaallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 120408
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846 pbbn d



Inhalt

36. Jahrgang / 62

31. März 1981

Karl Ravens MdL, Vorsitzender der SPD in Niedersachsen, erläutert das Wahlkampfkonzept für die Kommunalwahlen im September: Den Menschen näher.
Seite 1/2

Eugen Clombig MdB setzt sich mit Biedenkopf-Empfehlungen für die "Sicherheit im Alter" auseinander: Roßkur für die Renten.
Seite 3/4

Rudolf Schöfberger MdB prangert Jagdszenen in Niederbayern an: Meinungsfreiheit nur für Gleichgläubige.
Seite 5/6

Den Menschen näher

Niedersachsens SPD führt einen bürgernahen Kommunal-Wahlkampf

Von Karl Ravens MdL
Vorsitzender der SPD in Niedersachsen

Die niedersächsischen Sozialdemokraten können optimistisch in die Kommunalwahlen am 27. September gehen. Bei den Gemeinde- und Kreiswahlen 1981 ist davon auszugehen, daß die SPD ihren Stimmenanteil von 44,9 Prozent bei der Kommunalwahl vor fünf Jahren jetzt noch verbessern kann. Diese Begründung liegt in der guten und sachbezogenen Arbeit sozialdemokratischer Kommunalpolitiker vor Ort und nicht zuletzt auch in dem ermutigenden Abschneiden der SPD in Niedersachsen bei der Bundestagswahl am 5. Oktober 1980.

Die niedersächsische SPD wird in den nächsten Monaten keinen verdeckten oder vorgezogenen Landtagswahlkampf, sondern einen "wirklichen" Kommunalwahlkampf führen. Die Kommunalwahlen sind für uns kein Test für die Landtagswahl im nächsten Jahr. Allerdings kann der Wahlausgang am 27. September atmosphärische Auswirkungen auf den Landtagswahlkampf haben.

Wir werden den Kommunalwahlkampf mit dem Slogan "Den Menschen näher" so bürgernah wie möglich führen. Überall in Niedersachsen wird die SPD mit Aktionsprogrammen vor die Wählerinnen und Wähler treten, die auf die jeweiligen lokalen Bedürfnisse in den Gemeinden, Städten und Landkreisen zugeschnitten sind. Die größten Erfolge hat die SPD bei Kommunalwahlen in der Vergangenheit dort erreicht, wo sie sich um die Sorgen und Nöte der Bürger besonders gekümmert, sich auch der kleinsten Anliegen angenommen, Lösungsmöglichkeiten gesucht und oftmals auch gefunden hat. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß in der Kommunalpolitik die Grundlagen für die Erfolge der Sozialdemokratie im Verlaufe ihrer langen Geschichte zu suchen sind. Nach dem Zweiten Weltkrieg, in den Jahren des Wiederaufbaus, war die SPD die Rathauspartei schlechthin. Auf die sogenannten

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 8 12-1



"roten Rathäuser" war die Partei mit Recht stolz. An diese Tradition gilt es, bei den jetzigen Kommunalwahlen anzuknüpfen. Verlorengegangenes Terrain muß durch geduldige Vertrauensarbeit beim Bürger zurückgewonnen werden.

Zum ersten Mal SPD-Leitsätze für Kommunalwahl auf Landesebene

SPD-Landesvorstand und die kürzlich in Niedersachsen gegründete Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) haben erstmals Leitsätze für die Kommunalwahl erarbeitet. Wir haben damit bei dieser Kommunalwahl zum ersten Mal den Versuch unternommen, politische Schwerpunkte zu formulieren, die sich in fast allen Kommunen des Landes stellen. Die örtlichen SPD-Organisationen werden jetzt selbst entscheiden, welche der Forderungen sie für ihre eigenen Aktionsprogramme aus den Leitsätzen herausfiltern. Ich bin überzeugt, daß die Leitsätze mit den entsprechenden lokalen Bezügen eine gute Grundlage für sozialdemokratische Kommunalpolitik darstellen. In den Leitsätzen sind politische Aussagen zu den folgenden 16 Bereichen getroffen: Rahmenbedingungen der Kommunalpolitik - Kommunalverfassung, mehr Bürgermitwirkung - weniger Bürokratie, Wohnungsbau- und Bodenordnungspolitik, Verkehrspolitik, Umwelt- und Landschaftsschutz, Freizeit, Gesundheit und Erholung, kommunale Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung, Thema Privatisierung, Energiepolitik, Sport und Sportförderung, Jugendarbeit in der Kommune - Kindergärten, Politik für die ältere Generation, Sozialpolitik - Behinderte, ausländische Mitbürger, Schul- und Kulturpolitik und kommunale Finanzen.

Neu in diesen Leitsätzen ist die SPD-Forderung nach dem Klagerecht für Gemeinden und Landkreise vor dem niedersächsischen Staatsgericht in Bückeburg. Damit soll die verfassungsmäßige Stellung der Kommunen verbessert werden, wie es in anderen Bundesländern schon längst der Fall ist. Die Sozialdemokraten treten auch für ein Kommunalverfassungsrecht ein, das die Rechte der gewählten ehrenamtlich Tätigen stärkt und deren Entscheidungsbefugnisse vergrößert. Wir wollen, daß die kommunale Selbstverwaltung in Niedersachsen ihre Eigenverantwortlichkeit wieder erhält.

Zum Kapitel Bürgermitwirkung verlangen die Leitsätze, den Bürgern mehr Chancen zu geben, sich Gehör zu verschaffen, ihre Rechte durchzusetzen und sich gegenüber den Verwaltungen zu behaupten. Dazu gehört auch die rechtzeitige Information der Bürger über alle öffentlichen Angelegenheiten, damit sie an der Gestaltung ihrer Gemeinden aktiv mitwirken können. Die Bürgerversammlungen in vielen niedersächsischen Gemeinden haben sich bewährt. Sie müssen nur noch häufiger als bisher durchgeführt werden. Auch Bürgerfragestunden in Ratssitzungen sollten zu einer festen Einrichtung werden, damit die Einwohner Fragen stellen und Anregungen geben können.

Zum Programmpunkt Wohnungsbaupolitik ist erneut auf die Forderung der SPD hinzuweisen, 100 Millionen DM für ein landeseigenes Wohnungsbauprogramm in den Ballungsgebieten bereitzustellen. Damit soll der erkennbar gewordene Mangel an preiswertem Wohnraum, von dem junge und kinderreiche Familien mit geringem Einkommen besonders betroffen sind, gelindert werden. Ein solches Wohnungsbauprogramm würde aber auch zur Stabilisierung der Beschäftigung in der Bauwirtschaft beitragen.

Fragen des Umweltschutzes werden zu einem Schwerpunkt des Wahlkampfes werden. Die Sozialdemokraten werden sich dafür einsetzen, daß bei überörtlichen Planungen zum Beispiel beim Gewässerausbau und Flurbereinigungsverfahren kommunale parlamentarische Gremien beteiligt werden. Alle Kreise, kreisfreien Städte und Gemeinden sollten auf der Grundlage des niedersächsischen Naturschutzgesetzes Landschaftsrahmenpläne beziehungsweise Landschaftspläne aufstellen, um so ihre Vorstellungen im Natur- und Landschaftsschutz zu artikulieren. Für besonders wichtig erachten wir es, daß in den Kommunen Fachausschüsse gebildet werden, die sich speziell mit Fragen des Umweltschutzes und des Natur- und Landschaftsschutzes befassen.

Oberster Grundsatz für Sozialdemokraten in der Energiepolitik wird künftig die sparsame Verwendung von Energie sein, was sich auch unmittelbar auf die kommunale Energiepolitik auswirken wird. Die niedersächsische SPD hält deshalb die Bestandsaufnahme und Entwicklung örtlicher und regionaler Konzepte für die Energieversorgung und den Energieverbrauch für notwendig. Die Planungen und die Investitionsziele der Kommunen beziehungsweise der Region, der Versorgungswirtschaft und der Einzelinvestoren müßten aufeinander abgestimmt und auf die Ziele der rationellen Energieverwendung verpflichtet werden.

Schließlich müssen die Aufgaben- und Finanzverteilung für Bund, Länder und Gemeinden gerecht aufeinander abgestimmt sein. Die SPD Niedersachsen strebt eine unmittelbare gemeindliche Beteiligung am Aufkommen der Mehrwertsteuer an. Objektgebundene staatliche Zweckzuweisungen sind zugunsten pauschalierter Zuweisungen einzudämmen, neue Aufgaben sollten auf die Kommunen nur dann übertragen werden, wenn entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden können.

Roßkur für die Renten

Professor Biedenkopfs Empfehlungen für die "Sicherheit im Alter"

Von Eugen Glombig MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Fraktion

Das "Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik" (IWG) - Vorsitz Kurt Biedenkopf - hat eine Studie über "Sicherheit im Alter" vorgelegt. Autor ist Meinrad Miegel; man darf aber vermuten, daß Biedenkopf selbst inhaltlich mit den Aussagen dieser Arbeit übereinstimmt.

Das Konzept des IWG zur Neuorganisation der Alterssicherung hat im wesentlichen drei Elemente:

- Einführung einer aus Steuermitteln zu finanzierenden allgemeinen Grundrente für alle Bürger in Höhe des Existenzminimums;
- Schaffung eines auf der Grundversorgung aufbauenden beitragsfinanzierten Zusatzrentensystems mit beitragsäquivalenten Renten ("Leistungsrente")
- Preisgabe des Zieles der vollen Lebensstandardsicherung in der öffentlich-rechtlichen Altersversicherung; stattdessen weitgehende Privatisierung der Altersversorgung.

Radikale Denkanstöße können zwar die notwendige Diskussion über eine Gesamtreform der Altersversorgung voranbringen. Inhaltlich sind die Vorschläge des Biedenkopf-Institutes aber weitgehend unbrauchbar:

- 1/ Die Einführung einer allgemeinen Grundrente für alle Bürger ist in der Theorie zwar positiv zu bewerten und entspricht den Forderungen des Godesberger Programms der SPD. Voraussetzung für ihre Realisierung wäre aber eine konsequente Vereinheitlichung aller Altersversorgungssysteme einschließlich der Beamtenversorgung; andernfalls käme es zu unvermeidbaren Verteilungswirkungen. Diese Probleme werden aber in der IWG-Studie überhaupt nicht behandelt. Es fehlt also völlig an einer realistischen Problembeschreibung.
- 2/ Für die SPD wäre darüber hinaus eine allgemeine Grundrente völlig indiskutabel, wenn sie nicht durch eine leistungsfähige Zusatzrentenversicherung auf der Grundlage einer allgemeinen Pflichtversicherung ergänzt wird. Genau diese Bedingung ist aber in dem IWG-Modell nicht erfüllt.
- 3/ Nach den Vorschlägen des Biedenkopf-Institutes wäre das öffentlich-rechtliche Zusatzrentensystem von vornherein zum finanziellen Zusammenbruch verurteilt. Der Fehler liegt darin, daß Personen mit mittlerem und höherem Einkommen schrittweise aus der Versicherungspflicht im Zusatzrentensystem entlassen werden sollen. Immer weniger geringverdienende Pflichtversicherte müssen dann die bereits erworbenen Rentenansprüche aus ihren Beiträgen finanzieren. Wenn außerdem noch die Zahl der Rentner im Verhältnis zur Zahl der Aktiven in den nächsten Jahrzehnten ansteigt, ist ein Teufelskreis von Leistungsverschlechterungen, Beitragserhöhungen und Massenabwanderung in die private Altersversorgung unvermeidbar.



4/ Das Modell des IWG läuft im Kern darauf hinaus, die öffentlich-rechtliche Alterssicherung auf die Grundrente zu beschränken und alles andere der privaten Vorsorge zu überlassen. Dieses Konzept der Privatisierung ist aber strikt abzulehnen:

- Es ignoriert die Erfahrungen der Vergangenheit, die gezeigt haben, daß eine allein auf private Vorsorge gegründete Alterssicherung prinzipiell unkalkulierbaren ökonomischen und politischen Risiken ausgesetzt ist (zum Beispiel Inflation, Strukturveränderungen in der Wirtschaft, Währungsreform und so weiter).
- Es hat unsoziale Konsequenzen, wie die Verschärfung der ungleichen Vermögensverteilung, Bevorzugung von Arbeitnehmern in leistungsfähigen Großbetrieben mit betrieblicher Altersversorgung und Gefahr von mangelnder Sicherung bei Frühinvalidität.
- Bei wachsender demographischer Alterslast wirkt die auf dem Kapitaldeckungsverfahren ruhende private Altersversorgung inflationär: Es ist deshalb ein Irrtum, daß das Kapitaldeckungsverfahren zur Bewältigung des "Rentenberges" der kommenden Jahrzehnte besser geeignet wäre als das Umlageverfahren der Sozialversicherung: Die ältere Generation bestreitet ihren Unterhalt immer aus dem Sozialprodukt, das die jeweils aktive Generation erarbeitet. Das ist unabhängig davon, ob die Rentner ihre Kaufkraft aus Sozialversicherungsbeiträgen oder aus der Auflösung privater Ersparnisse schöpfen.

Auch in einem System privater Vorsorge mit Kapitaldeckungsverfahren müssen die Erwerbstätigen also bei wachsender Alterslast in größer werdendem Umfang auf den Konsum der von ihnen erzeugten Güter verzichten, damit die ältere Generation ihren Anspruch auf einen wachsenden Teil des laufenden Sozialproduktes erhalten kann: Nur geschieht dies dann nicht durch wachsende Zwangsbeiträge, sondern über steigende Preise. Die Umverteilung durch Inflation ist jedoch ungerechter als die durch Beiträge, denn sie trifft die einkommensschwächeren Schichten härter und muß darüber hinaus auch von den Rentnern selbst noch mitgetragen werden.

- Schließlich trifft es auch nicht zu, daß die Umstellung von öffentlich-rechtlicher Alterssicherung auf Privatvorsorge einen Beitrag zur volkswirtschaftlichen Kapitalbildung leisten kann (abgesehen von der Frage, ob eine Erhöhung der Sparquote wirtschaftspolitisch überhaupt sinnvoll wäre). Auf die Dauer wird nämlich - bei gleichbleibender Alterslast - die Ersparnisbildung der Aktiven durch den Vermögensverzehr der älteren Generation ausgeglichen; die Auswirkung auf den Wirtschaftskreislauf ist dann nicht anders als beim Umlageverfahren der Sozialversicherung. Nimmt die Alterslast zu (womit zu rechnen ist) wird sogar stetig Kapital abgebaut.

Unabhängig von politischen Überzeugungen kann das Gesamturteil über die Seriosität der IWG-Studie nicht positiv sein: Die Vorschläge sind in sich nicht stimmig und lassen eine Analyse der von dem Modell ausgehenden Folgewirkungen vermissen. Sie vernachlässigen entscheidende politische Aspekte einer Reform der Alterssicherung und ignorieren die elementaren volkswirtschaftlichen Kreislaufzusammenhänge, in die die Altersversorgung einbezogen ist. Rasche Publikumswirksamkeit hatte im IWG ganz offenbar Vorrang vor gründlicher wissenschaftlicher Arbeit. (-/31.3.1981/ks/oa)

+ + +



Meinungsfreiheit nur für Gleichgläubige

Materialien für Jagdszenen in Niederbayern

Von Dr. Rudolf Schöffberger MdB

Mitglied im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages

Die CSU ist nicht faschistisch. Aber sie macht bei entsprechenden niederbayerischen Anfängen mit. Wie weiland die Bayerische Volkspartei. Vorfälle wie in Nürnberg, wo die CSU-Staatsregierung die Polizei gegen harmlose Jugendliche vorschickt, in Regensburg, wo eine Schülerin wegen einer "Stoppt Strauß"-Plakette von der Schule relegiert wird, in München, wo Jugendheime dem Randbereich der Terrorismusszene zugerechnet werden, zeigen: Das sind keine bürokratischen Zufälle, dahinter steckt System. Die CSU - und mit ihr klerikale Teile der katholischen Kirche - mißtrauen den jungen Leuten in diesem Land abgrundtiefst. Nach dem Motto: "Bist Du nicht für mich, so bist Du wider mich."

Jüngstes Beispiel die Zeitschrift "Zündstoff" des Jugendzentrums Eggenfelden in Niederbayern. Der "Zündstoff" ist tatsächlich explodiert. Der Anlaß: Auf Seite 15 der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift hat die Redaktion das - biologische - Zeichen für weiblich ("Veruszeichen") abgedruckt; im Kreis sind Babypille, Embryos, Eizelle, auf dem Kreuz ist eine nackte Frau abgebildet. Über Geschmack läßt sich bekanntlich streiten, über Grundrechte leider immer noch. Die Zeichnung ist jedenfalls aus der Frauenzeitschrift "Courage" (Dezember 1980) übernommen.

Die Personen und ihre Darsteller:

- Pfarrgemeinderatsmitglied Heinrich Wimmer, Rektor der Grundschule Eggenfelden
- Pfarrgemeinderatsmitglied Aloysius Kahner, CSU-Ortsvorsitzender
- Weitere Pfarrgemeinderatsmitglieder
- Hochwürdiger Kaplan Zeindlmeier von der Stadtpfarrei Eggenfelden
- Pater Benno vom Kloster Eggenfelden in Vertretung des Stadtpfarrers
- Oberministrant Gaßner als Vertreter der braven Eggenfelder Jugend
- Weitere Ministranten teils in Zivil
- Die Autorin des Artikels: Heidi Grill
- Der presserechtlich Verantwortliche Alfred Rosenlehner
- Sowie viele CSU-Stadträte, die die Zuschüsse für das Jugendzentrum kürzen sollen, ein Bürgermeister, mehrere SPD-Stadträte (sämtlich Statistenrollen).

Ablauf

1. Akt - Mittwoch 18. Februar 1981:

Die Zeitschrift wird gedruckt, Druckfahnen liegen herum. Die Druckmaschinen laufen immer noch. Eine Druckfahne fliegt zum Kaplan. Drucker waren es nicht, aber mehrere Kunden waren in der städtischen Druckerei. Die Telefone laufen heiß.

2. Akt - Donnerstag 19. Februar 1981:

Mit fliegender Soutane organisiert der Kaplan eine Unterschriftensammlung gegen den



"Zündstoff" für sonntags nach der Kirche. Pfarrgemeinderäte werden mobilisiert.

3. Akt - Sonntag 22. Februar 1981:

An Ausgang der Stadtkirche Eggenfelden stehen hinterm Tisch Ministranten sowie Pfarrgemeinderäte und "bitten" die Gläubigen zur Unterschrift. Drei Exemplare "Zündstoff" liegen auf.

Die weiteren Wochen: Die Lokalredaktion - Passauer Neue Presse - wird mit Stellungnahmen des Pfarrgemeinderates und der CSU beschossen. Im Stadtrat tobt die CSU ob der Verächtlichmachung des Kreuzes. Dem Bürgermeister wird vom Kaplan eine Liste mit 500 Unterschriften vorgelegt. Viele Listen geben nicht an, wogegen die Bürger protestieren (sogenannte Blanko-Listen). Der Leiter der Polizei (Pfarrgemeinderatsmitglied) fragt beim Leitenden Staatsanwalt in Landshut an, ob ermittelt werden soll. Dieser ordnet Ermittlungen nach § 166 StGB ("Beschimpfung von Religionen") an, obwohl die Autorin versichert hat, mit Religion in dem Artikel nichts gewollt zu haben. Aber das macht alles nur noch viel schlimmer. Verfassungs- und Strafgesetzbuch-Kommentare werden gewälzt. Rufe werden laut, Staatsanwalt, Polizei, Kaplan, Pfarrgemeinderäte und Ministranten wegen "Verfolgung Unschuldiger" in Mittäterschaft nach § 344 StGB anzuzeigen.

Die Autorin wird auf der Straße angepöbelt. Kaplan und CSU können sich die Hände reiben: Die "steigenden Einfluß feministischer Kreise in Eggenfelden" (so Kaplan Zeindlmeier) konnte Einhalt geboten werden. Die klerikalen Sexuallängste hatten ihre Befriedigung. Die offene kommunale Jugendarbeit ist in Verruf gekommen. In den nächsten Monaten wird in Eggenfelden ein neues katholisches Pfarrzentrum mit Jugendräumen eröffnet, die lästige weltliche Konkurrenz ist ausgeschaltet. Auf der Strecke bleiben Meinungsfreiheit, Fairneß und Verantwortungsbewußtsein.

Das Schlimme in Bayern ist, daß solche Vorgänge für völlig normal gehalten werden. Meinungsfreiheit gibt es nur für Gleichgläubige. Gibt es eigentlich einen Kursus in Staatsbürgerrecht an katholischen Hochschulen? Strauß ist ein alter Mann. Das Üble ist was nachkommt.
(-/31.3.1981/bgy/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

